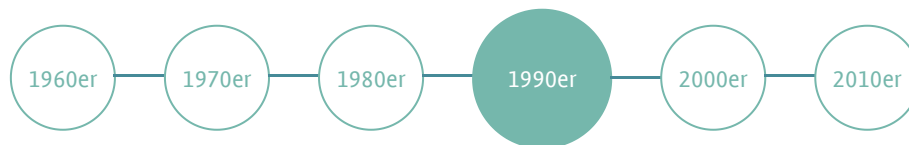


Geschichte des Berufsverbandes der Deutschen Chirurgen



Die 1990er Jahre - BDC ist die größte Europäische Chirurgenorganisation

1990 Nach dem Fall der Mauer 1989 kommt es am 3. Oktober 1990 zur Wiedervereinigung Deutschlands. Der BDC bietet Hilfe und Beratung für die Kollegen im Osten Deutschlands an, die in 40 Jahren “Diktatur des Proletariats” unter für viele (West-)Kollegen unvorstellbaren materiellen und politischen Bedingungen gearbeitet haben.

Nach dem Mauerfall stehen die Chirurgen in Ostdeutschland vor vielen Problemen. Das marode sozialistische Gesundheitswesen muß umstrukturiert werden, städtische Polikliniken und Klinikambulanzen werden in Praxen umgewandelt. Viele Kollegen wollen oder müssen sich in eigener Praxis niederlassen und benötigen wirtschaftliche Beratung. Der Versicherungsschutz für angestellte Krankenhauschirurgen ist in den Tagen der Wende bei chaotischen Verhältnissen häufig unklar.

Der BDC bietet sofort und unbürokratisch Hilfe, wo immer er kann:

1. Kollegen aus Ostdeutschland können zunächst kostenlos, später zu reduzierten Sätzen dem BDC beitreten. Als ordentliche Mitglieder haben sie Anspruch auf die Berufs-Rechtsschutzversicherung und alle weiteren Versicherungsleistungen
2. Organisation von Abrechnungs- und Rechtsseminaren
3. Organisation von Hospitationen in Praxen und Krankenhäusern in Westdeutschland

Viele Präsidiumsmitglieder nutzten jede Gelegenheit, durch Besuche die Kollegen über die Tätigkeit des Berufsverbandes zu informieren und in ungezählten Gesprächen konkrete Hilfe zu leisten, unter Ihnen der Präsident, Dr. J. Bauch, Dr. F. Fritz und Prof. Dr. J. Witte. Es entstanden neue Kontakte, neue Freundschaften.

In den neuen Bundesländern wurden Landesverbände des BDC gegründet. Es entstehen teilweise heftige Diskussionen um die Aufstellung von Wahlkandidaten für Spitzenpositionen. Der BDC hat sich in diesen Selbstreinigungsprozeß nicht einmischen können und wollen.

Exemplarisch sei hier eine „Stellungnahme des Landesverbandes Sachsen-Anhalt“ vom Mai 1991 wiedergegeben:

“Durch Anfragen und Hinweise von Ärztlichen Kollegen sieht sich der Vorstand des Berufsverbandes Sachsen-Anhalt veranlasst, die folgende Stellungnahme abzugeben. Die vergangenen vier Jahrzehnte werfen ihre dunklen Schatten auch auf Angehörige unseres Berufsstandes. Auch Ärzte haben als Mitglieder der SED oder des Staatssicherheitsapparates ihre Positionen benutzt, um auf andere Kollegen Druck auszuüben, ihre berufliche Karriere negativ zu beeinflussen, ihre Entwicklung in anderer Weise zu behindern oder sich selbst ungerechtfertigte Vorteile zu verschaffen. Ärztliche Leiter haben missbräuchlich in ihrer Stellung Repressalien auf nachgeordnete Ärzte, Pflegekräfte und Auszubildende ausgeübt. Der Berufsverband der Deutschen Chirurgen ist nicht das Gremium, um solche Auswüchse des Machtmissbrauchs zu untersuchen und zu verfolgen. Wir warnen überhaupt vor einem Klima der Hexenjagd. Die alleinige Mitgliedschaft in der SED darf kein Grund für Zurücksetzung oder Diskriminierung sein. Passive Verflechtungen in die Politik der SED, Mitläuferverhalten einerseits und bewusstes Ausnutzen und Missbrauchen von Macht andererseits ist nicht gleichzusetzen.

Der Vorstand meint, dass Ärzte, die im Vorleben ins Kreuzfeuer der Kritik geraten sind, nicht in führende Positionen wissenschaftlicher Gesellschaften oder standespolitischer Organisationen eintreten sollten, bevor diese Vorwürfe nicht ausgeräumt sind.

Jeder Betroffene sollte ehrlich für sich prüfen, ob er aus dieser Sicht geeignet ist, die Interessen der Kollegen zu vertreten oder ob es ihm besser zu Gesicht stände, für einen Zeitraum der politischen Bewährung in den Hintergrund zu treten. Die fehlende Distanz zum Unrechtsregime der Vergangenheit sollte Anlass genug zur Zurückhaltung bei der Übernahme leitender Positionen in Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie Vereinen und Verbänden der Ärzteschaft sein.”